



COVID-19 – Newsletter 81

30.04.2021

Noch immer stehen aufgrund der aktuellen Situation drei Handlungsfelder im Bemühen der Städte und Gemeinden:

- *Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur*
- *Sicherstellung der internen Serviceleistungen*
- *Situationsadäquates Angebot an KundInnen-Service für die Bevölkerung*

Die weltweite Corona-Virus-Pandemie ist die größte Herausforderung seit vielen Jahrzehnten und bedarf zur ihrer Bewältigung die Bündelung aller Kräfte und einen entsprechenden Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Der kommunalen Ebene kam und kommt eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Ausbreitung der COVID-19 Pandemie zu. Lokale Verantwortlichkeit, Kenntnis der Bedingungen vor Ort und Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern waren und sind zentrale Erfolgsfaktoren der Pandemiebekämpfung.

Nun gilt es, auf den gewonnenen Erfahrungen aufzubauen und alles daran zu setzen, die kommunalen Leistungen im Sinne der Allgemeinheit bestmöglich auch in Krisenzeiten aufrecht zu erhalten. Fest steht: Städte und Gemeinden werden weiterhin einen entscheidenden Beitrag leisten – bürgernah, engagiert und verantwortungsvoll.

Abschließend möchten wir besonders Euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für Euren Einsatz zum Wohle der Bevölkerung in ganz Österreich in dieser schwierigen Zeit herzlichst danken.

Jede Stadt und jede Gemeinde ist ein Teil der Lösung – gemeinsam schaffen wir es auch weiterhin.

Für tagesaktuelle Informationen möchten wir auf die online-Austauschplattform des Österreichischen Städtebundes verweisen (https://intrakommuna.at/net_home/Pages/Startseite).

Alle bisherigen Ausgaben des „COVID-19 Newsletters“ können unter folgendem Link nachgelesen werden:

https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no_cache=1

Redaktion: Dr. Johannes Schmid & Kevin Muik, LL.M.



Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Ereignisse und Problemlagen	3
1. Aktuell im RIS	3
2. Nationalrat erspart Geimpften das Testen	4
3. Die geplanten Öffnungsschritte ab 19.05. im Detail	4
4. Arbeitslosigkeit sinkt langsam - Kurzarbeitsreform wird konkreter	4
5. Corona-Defizit und Arbeitslose bleiben bis Ende der Legislaturperiode	5
6. Dritte Welle verläuft in Altersheimen glimpflich	6
7. ÄrztKammer und Gewerkschaften: Forderungen nach mehr Geld für Gesundheitsberufe	6
8. Biontech erwartet baldige Zulassung des Vakzins für Kinder	6
9. Moderna will 2022 drei Milliarden Impfdosen bereitstellen	7
10. WKÖ fordert Planungssicherheit für Märkte	7
11. Epidemiegesetz: Lange Warteschlange bei Entschädigung	8
Aus den Bundesländern	9
1. Polizei zog positive Bilanz über Ausreisekontrollen in NÖ	9
2. Start der Masken- und Testpflicht in 13 Vorarlberger Orten	9
3. ÄrztInnen melden Schwierigkeiten bei dezentralem Impfen in Tirol	9
4. Steiermark: Gastro-Lockdown oft nicht ernst genommen	9
Aus den Städten und Gemeinden	10
1. Wien beendet harten Lockdown am 3. Mai	10
2. Salzburg verhängt Ausreisetestpflicht für die Stadt Hallein	10
3. Maibaumaufstellen – auch dieses Jahr nur ohne begleitende Veranstaltung	10
4. Ausreisetestpflicht für Osttiroler Gemeinde Abfaltersbach	10
5. Ausreisetestpflicht für Tiroler Gemeinde Telfs	11
6. Eigene digitale Gästeregistrierung für Betriebe in Eisenstadt	11
Europa und International	12
1. Slowenien beendet Grenzkontrollen zu Österreich	12
2. Zahl der Sterbefälle in Deutschland im Vorjahr um fünf Prozent gestiegen	12
3. Bundeskanzlerin Merkel kündigt Aufhebung der Impfpriorisierung spätestens im Juni an	12
4. EU klagt AstraZeneca	13
5. Große EU-Staaten fordern schnellen Start von Corona-Aufbauplan	13
6. Die extravagantesten Impfstraßen	14
7. Bericht der EuroComm zur Lage in Ost- und Südosteuropa	14
Bericht aus dem Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel	15
1. Europäische Kommission: Corona-Reisepass	15
2. Europäisches Parlament: EP-Plenum und parallel tagende Ausschüsse	15
3. Rat der EU: Termine	15



Aktuelle Ereignisse und Problemlagen

1. Aktuell im RIS

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **23. April 2021** herausgegeben:

BGBl. II Nr. 180/2021

Änderung der Verordnung für die befristete Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern im Tourismus und in der Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2021

BGBl. II Nr. 181/2021

10. Novelle zur 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung

BGBl. II Nr. 182/2021

Änderung der Verordnung, mit der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 besondere Vorkehrungen in Strafsachen getroffen werden

BGBl. II Nr. 183/2021

Änderung der Verordnung über besondere Vorkehrungen im Anwendungsbereich des Strafvollzugsgesetzes zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19

BGBl. II Nr. 184/2021

Ausspruch des Verfassungsgerichtshofes vom 9. März 2021, dass die Wortfolge „sowie von Freizeit- und Sportbetrieben“ und die Wortfolge „oder der Benützung von Freizeit- und Sportbetrieben“ in § 1 der Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl. II Nr. 96/2020, gesetzwidrig waren

BGBl. III Nr. 60/2021

Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten

BGBl. III Nr. 61/2021

Geltungsbereich des Gemeinsamen Übereinkommens über die Sicherheit der Behandlung abgebrannter Brennelemente und über die Sicherheit der Behandlung radioaktiver Abfälle

BGBl. III Nr. 62/2021

Geltungsbereich des Rahmenübereinkommens des Europarates über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft

BGBl. III Nr. 63/2021

Geltungsbereich des Übereinkommens der Vereinten Nationen von 1978 über die Beförderung von Gütern auf See

BGBl. III Nr. 64/2021

Geltungsbereich des Übereinkommens über nukleare Sicherheit

BGBl. III Nr. 65/2021

Geltungsbereich des Übereinkommens von Minamata über Quecksilber

BGBl. III Nr. 66/2021

Geltungsbereich des Zollabkommens über die zur Ausbesserung von EUROP-Wagen verwendeten Ersatzteile

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **27. April 2021** herausgegeben:

BGBl. I Nr. 79/2021

Änderung der Geschäftsordnung des Bundesrates

BGBl. II Nr. 185/2021

2. Novelle 2021 der Geflügelpest-Verordnung 2007

BGBl. II Nr. 186/2021

Vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen zur Republik Slowenien und Ungarn

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **28. April 2021** herausgegeben:

BGBl. II Nr. 187/2021

Änderung der Verordnung über die vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen zu bestimmten Nachbarstaaten

BGBl. II Nr. 189/2021

Werte für den durchschnittlichen Personalaufwand und Büroflächen-Mieten

BGBl. II Nr. 188/2021

Änderung der ArbeitnehmerInnenschutzverordnung Verkehr 2017

BGBl. II Nr. 190/2021

Änderung der COVID-19-Einreiseverordnung

BGBl. II Nr. 191/2021

Änderung der Verordnung über das Landeverbot für Luftfahrzeuge aus Südafrika und Brasilien



2. Nationalrat erspart Geimpften das Testen

Geimpfte werden schon demnächst Getesteten gleichgestellt. Ein entsprechender Beschluss soll in einer Sondersitzung des Nationalrats fallen, die für Montagmittag in Aussicht genommen ist.

Damit werden sich Geimpfte bei den Mitte Mai anstehenden Lockerungsschritten etwa im Veranstaltungsbereich und der Gastronomie Tests ersparen. Dass die SPÖ der Koalition die notwendige Mehrheit sichert, gilt als fix.

Eigentlich wäre die entsprechende Regelung vom Nationalrat schon vor Längerem im Rahmen eines größeren Gesetzespakets beschlossen worden. Doch der Bundesrat verweigerte seinen Segen und lässt das Paket jetzt acht Wochen abliegen, bevor es in Kraft treten kann.

Grund für die Blockade war weniger die Gleichstellung von Geimpften mit Getesteten als die von der Koalition geplanten Eintrittstests in den Handel, die ebenfalls in die Novelle integriert waren.

3. Die geplanten Öffnungsschritte ab 19.05. im Detail

Wie bereits vergangene Woche in der Newsletter Ausgabe Nr. 80 berichtet, kündigte die Bundesregierung diverse Öffnungsschritte für den 19.05 an. Die Öffnungsschritte sind in folgenden Bereichen geplant:

- Gastronomie
- Kultur & Veranstaltungen
- Kongresse
- Messen
- Hotellerie & Beherbergung
- Sport
- Freizeitbetriebe
- Handel
- Schule
- Jugendarbeit
- Ausgangs- & Kontaktbeschränkungen
- Zutrittstests
- Hochinzidenz-Gebiete
- Grenzen

Die entsprechenden gesetzlichen Änderungen liegen dem Österreichischen Städtebund bisher nicht vor. Einige inhaltliche Details wurden jedoch bereits auf der Website des Gesundheitsministeriums veröffentlicht. Eine Übersicht über die geplanten Öffnungsschritte finden Sie in **Beilage1**. In **Beilage2** finden Sie zudem die dazugehörigen FAQs.

Keine Informationen gibt es bisher zur Öffnung der Freibäder. Aufgrund zahlreicher Anfragen aus den Städten und Gemeinden wurde dies bereits an das zuständige Gesundheitsministerium weitergegeben. Der Österreichische Städtebund bemüht sich, möglichst rasch Rechtssicherheit auch für diesen Sektor zu erreichen.

4. Arbeitslosigkeit sinkt langsam - Kurzarbeitsreform wird konkreter

Auch diese Woche ist die Arbeitslosigkeit wieder zurückgegangen, aber nur um rund 3.000 Personen. Damit waren 356.216 Menschen beim Arbeitsmarktservice arbeitslos gemeldet. In Schulungen befanden sich 77.380 Menschen, um 30 mehr als vor einer Woche. Arbeitsminister Martin Kocher will Mitte/Ende Mai die überarbeitete Corona-Kurzarbeit ab Juli vorlegen. Die Kurzarbeitsphase 5 könne "3 Monate oder länger sein", es "sei wichtig flexibel zu bleiben", so Kocher am Dienstag.

Kocher traf am Dienstagvormittag den Leiter des Wifo, Christoph Badelt, den IHS-Sprecher für Prognosen, Helmut Hofer, und den Co-Chef der Synthesis Forschung, Wolfgang Altenecker, zu einem Arbeitsgespräch. Synthesis erstellt unter anderem die Arbeitsmarktprognosen für das Arbeitsmarktservice (AMS). Kocher beriet sich mit den Experten zur Lage am Arbeitsmarkt und zur Reform der Corona-Kurzarbeit.



Kocher hat in der Vergangenheit schon mehrfach auf den Änderungsbedarf beim aktuellen Kurzarbeitsmodell hingewiesen. "Wir hätten dann am Arbeitsmarkt weniger Dynamik, wenn die Kurzarbeit zu lange in dieser großzügigen, breitflächigen Form aufrechterhalten wird", sagte Kocher am Dienstag bei einer Pressekonferenz mit Badelt, Hofer und Alteneder. Er wollte "konjunkturgerecht" aus der Corona-Kurzarbeit aussteigen.

Bei den Gesprächen mit den Sozialpartnern geht es laut Arbeitsminister um folgende, mögliche Änderungen bei der Corona-Kurzarbeit. Die Mindestarbeitszeit könnte angehoben werden, stärkere Anreize für Weiterbildung während der Kurzarbeit stehen im Raum, die wirtschaftlichen Gründe für Kurzarbeit könnten strenger überprüft werden und eine Kostenbeteiligung für Unternehmen wird überlegt. Es gehe um "einen behutsamen Übergang zu einer permanenten Kurzarbeitsregelung", die den Arbeitsmarkt im Aufschwung möglichst unterstütze, sagte Kocher. Es müsse aber gleichzeitig eine Absicherung geben, "falls es schlechter kommt, als wir es uns alle erwarten".

Die Corona-Kurzarbeitsphase 4 ist Anfang April gestartet, deswegen gibt es laut Arbeitsministerium noch keine aussagekräftigen Zahlen. Da derzeit die Anmeldungen für April noch laufen, sei keine seriöse Prognose über die Kurzarbeit möglich, so Kocher. Ende März waren 487.000 Personen zur Kurzarbeit angemeldet.

Kocher und die Experten waren sich einig, dass eine Brancheneinschränkung für die Corona-Kurzarbeit ab Juli beihilferechtlich nur schwer umsetzbar ist. In der Corona-Kurzarbeitsphase 5 werde wohl der nachgewiesene Umsatzentfall durch die Coronakrise ein wichtiges Kriterium sein. Auch Einzelfallprüfungen der Sozialpartner - ob ein Unternehmen in das Corona-Kurzarbeitsmodell fällt oder nicht - könnten ausgebaut werden.

5. Corona-Defizit und Arbeitslose bleiben bis Ende der Legislaturperiode

Die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise werden die türkis-grüne Regierung bis zum Ende der Legislaturperiode begleiten. Zwar wird 2022 schon mit einer spürbaren Erholung gerechnet, dennoch wird Österreich bis 2024 Defizite schreiben und mit hoher Arbeitslosigkeit kämpfen. Das geht aus dem Stabilitätsprogramm hervor, das die Regierung am Mittwoch im Ministerrat beschließt und nach Brüssel meldet.

"Das Krisenjahr 2020 hat auch im Budget tiefe Spuren hinterlassen. Für die Rettung von Gesundheit, Arbeitsplätzen und Unternehmen haben wir viel Geld in die Hand genommen, gleichzeitig sind auch die Einnahmen aufgrund der wirtschaftlichen Situation eingebrochen", sagte Finanzminister Gernot Blümel im Vorfeld zur APA. "Aufgrund der anhaltenden Krise müssen wir auch 2021 noch mehr Mittel zur Verfügung stellen und gleichzeitig wollen wir Investitionen und Wachstum ermöglichen. Daher wird auch das heurige Budgetjahr noch von der Krise geprägt sein, auch wenn wir die Hilfen mit zunehmender Normalisierung Schritt für Schritt zurückfahren können", so Blümel. Laut WIFO-Prognose wächst die heimische Wirtschaftsleistung 2021 um 1,5 Prozent und 2022 um 4,7 Prozent, nach einem Minus von 6,6 Prozent im Jahr 2020. Für 2023 und 2024 wird mit einem realen Wachstum von 1,6 und 1,8 Prozent gerechnet. Vor diesem Hintergrund soll das Defizit von 8,4 Prozent im heutigen Jahr bis 2024 auf 2,5 Prozent der Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt/BIP) zurückgehen und die Staatsschulden nach einer Spitze von 89,6 Prozent im Jahr 2021 auf 87,6 Prozent. Ungeachtet anhaltender gesamtstaatlicher Defizite soll die Schuldenquote ab 2022 wieder sinken. Der Rückgang der Schuldenquote soll aus Sicht des Finanzministeriums vor allem durch den konjunkturellen Aufschwung in den nächsten Jahren getragen werden.

Das gesamtstaatliche Defizit machte im Vorjahr 33,2 Mrd. Euro aus (8,9 Prozent des BIP). In der historischen Betrachtung war das Defizit damit deutlich höher als während der Finanzkrise 2009 als es 5,3 Prozent betrug. Dies ist sowohl auf hohe krisenbedingte Einnahmehausfälle im Jahr 2020 als auch auf höhere Ausgaben zurückzuführen. Die Ausgaben steigen gegenüber 2019 um 24,4 Mrd. Euro (6,5 Prozent des BIP 2020), davon entfallen 4,6 Prozent des BIP auf temporäre ausgabenseitige Krisenbewältigungsmaßnahmen. Einnahmenseitig kam es gleichzeitig zu einem Rückgang von insgesamt 11,3 Mrd. Euro gegenüber 2019.

Am Arbeitsmarkt rechnet die Regierung ebenfalls mit einer Entspannung, das Vorkrisenniveau wird aber erst 2024 erreicht. Das Finanzministerium erwartet für das heurige Jahr eine Arbeitslosenquote nach Eurostat-Berechnung von 5,1 Prozent, nach 5,4 Prozent im Vorjahr. Diese soll bis 2024 auf 4,5 Prozent sinken. Diesen Wert weist Eurostat auch für 2019 aus - das Jahr vor der Coronakrise.



6. Dritte Welle verläuft in Altersheimen glimpflich

Die dritte Corona-Infektionswelle ist in den Alters- und Pflegeheimen vergleichsweise glimpflich verlaufen. Am Höhepunkt der zweiten Welle im Dezember wurde jeder zweite Corona-Tote in einem Altersheim registriert. In der seit Februar laufenden dritten Welle ist es weniger als jeder fünfte - mit stark sinkender Tendenz, wie von der APA ausgewertete Daten des Gesundheitsministeriums zeigen. Damit zeigt die Durchimpfung der Altersheime deutliche Wirkung.

Insgesamt haben die Länder bis Montag 3.812 Corona-Tote in Heimen gemeldet. Das entspricht mehr als einem Drittel (38 Prozent) der 10.098 nach einer Corona-Infektion verstorbenen Menschen in Österreich.

Mit steigender Durchimpfung ist der Anteil der Bewohnerinnen und Bewohner der Alters- und Pflegeheime allerdings deutlich gesunken: von knapp einem Drittel im Februar auf 14 Prozent im März und sechs Prozent im April.

Insgesamt haben die Länder im April (abzüglich einer Datenbereinigung in der Steiermark) bisher 46 Corona-Tote in Alters- und Pflegeheimen gemeldet. Zum Vergleich: Insgesamt forderte die Pandemie in diesem Zeitraum 759 Todesopfer.

Auch die nach Ostern erfolgte Lockerung der strengen Besuchsbeschränkungen in den Heimen hat vorerst nicht zu einem deutlichen Anstieg der Infektionen geführt. Seit 7. April sind bis zu vier Besuche mit maximal zwei Personen pro Woche erlaubt.

7. Ärztekammer und Gewerkschaften: Forderungen nach mehr Geld für Gesundheitsberufe

Sowohl die Ärztekammer als auch die Gewerkschaften haben am Dienstag ihre Forderung nach mehr Geld für die Beschäftigten in den Gesundheitsberufen bekräftigt. Beide Interessensvertretungen mahnten in Aussendungen die Einlösung eines diesbezüglichen Versprechens von Bundeskanzler Sebastian Kurz ein.

"Die prinzipielle Zusage von Bundeskanzler Sebastian Kurz zu Ostern, dass das Gesundheitspersonal arbeitsrechtliche und finanzielle Verbesserungen erhält, war erfreulich und ein richtiges Signal", erklärte Ärztekammer-Präsident Thomas Szekeres. Nun sei es an der Zeit, dass dieser prinzipiellen Zusage auch Taten folgen: "Wir haben in den Spitälern mit knappen personellen Ressourcen zu kämpfen, Mitarbeiter auf intensivmedizinischen Abteilungen haben aufgrund der Belastung gekündigt", betonte Szekeres. Es sei daher wichtig, früher als später die angekündigte finanzielle Wertschätzung umzusetzen: "Die enormen Leistungen, die seit über einem Jahr, tagtäglich und mit erschwerten Arbeitsbedingungen geleistet werden, müssen nun auch honoriert", appellierte Szekeres an die Bundesregierung. In die gleiche Kerbe schlugen auch die beiden Gewerkschafter Edgar Martin (younion-Team Gesundheit) und Reinhard Waldhör (GÖD-Gesundheitsgewerkschaft), die rund 120.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den öffentlichen Spitälern und Pflegezentren vertreten. Und die beiden machen ihre Forderung auch gleich konkret: Die Anerkennung der Leistungen aller im Gesundheits- und Pflegebereich Beschäftigten solle sich in der Zuerkennung eines steuerfreien Tausend Euro Wirtschaftsgutscheins widerspiegeln. Diese Form eines Bonus würde als Teil des "Comebackplans für Österreich" der Regierung sofort eine Steigerung des Konsums ermöglichen. Gleichzeitig fordern die beiden Gewerkschaften den unumstrittenen Zugang dieser Berufe zur Schwerarbeitspension.

8. Biontech erwartet baldige Zulassung des Vakzins für Kinder

Der deutsche Konzern Biontech rechnet mit einer baldigen Zulassung seines Coronavirus-Impfstoffs für Kinder. „Wir haben die Studiendaten für die Zwölf- bis 15-Jährigen in den USA für die bedingte Zulassung eingereicht, in Europa sind wir in den letzten Zügen vor der Einreichung“, sagte Biontech-Gründer und -Chef Ugur Sahin dem „Spiegel“. Am Mittwoch solle bei der Europäischen Arzneimittelbehörde (EMA) eine Zulassung für Kinder ab zwölf Jahren beantragt werden.



Bei den bereits in der EU zugelassenen CoV-Vakzinen vergingen zwischen Antrag und Zulassung jeweils einige Wochen. Anfang April hatten die Impfstoffpartner Biontech und Pfizer die Notfallzulassung für die junge Altersgruppe in den USA eingereicht. Sowohl in den USA als auch in der EU ist der Impfstoff bisher für Menschen ab 16 Jahren zugelassen.

Hohe Antikörperantworten bei Jüngeren

Die deutsche Firma und der US-Konzern testeten inzwischen das Vakzin auch bei Kindern vom sechsten Lebensmonat bis zum elften Lebensjahr, im März wurden die ersten Kinder in dieser Studie geimpft. „Im Juli könnten erste Ergebnisse für die Fünf- bis Zwölfjährigen, im September für die jüngeren Kinder vorliegen, die Auswertung dauert etwa vier bis sechs Wochen“, sagte Sahin.

„Wenn alles gutgeht, können wir, sobald die Daten ausgewertet sind, in verschiedenen Ländern den Antrag auf Zulassung des Impfstoffs für alle Kinder der jeweiligen Altersgruppe einreichen.“

Ende März hatten Biontech und Pfizer von sehr hohen Antikörperantworten aus der Zulassungsstudie bei Zwölf- bis 15-Jährigen berichtet. Der Impfstoff sei gut vertragen worden und habe eine Wirksamkeit von 100 Prozent gegen Covid-19 geboten. Pfizer-Chef Albert Bourla hatte die Hoffnung geäußert, vor Beginn des nächsten Schuljahres mit dem Impfen dieser Altersgruppe beginnen zu können.

9. Moderna will 2022 drei Milliarden Impfdosen bereitstellen

Der Schweizer Arzneimittelauftragsfertiger Lonza baut die Produktionskapazität für den Covid-19-Impfstoff von Moderna aus. Im schweizerischen Visp sollen drei zusätzliche Produktionslinien aufgebaut werden, wie Lonza heute mitteilte. Das trage dazu bei, dass Moderna die weltweite Versorgung mit dem Impfstoff 2022 auf bis zu drei Milliarden Dosen hochschrauben könne, hieß es von der US-Biotech-Firma. Die Lieferprognose für 2021 erhöhe Moderna auf 800 Mio. bis eine Mrd. Dosen.

Am Lonza-Standort Visp werde die Produktionskapazität verdoppelt. Die drei neuen Produktionslinien sollen ihren Betrieb im früheren Verlauf von 2022 aufnehmen. Lonza betreibt bereits drei Produktionslinien in Visp und eine weitere im amerikanischen Portsmouth.

10. WKÖ fordert Planungssicherheit für Märkte

Der österreichische Markthandel verzeichnet aktuell 3.300 aktive Mitglieder. Im Jahr 2019 erwirtschaftete der Markthandel 199 Millionen Euro netto. Doch die Branche wurde durch die Pandemie massiv getroffen. „Es handelt sich vorwiegend um Kleinunternehmen. Märkte sind oft die einzige Einnahmequelle für die Markthändler“, macht Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), auf die schwierige Situation der UnternehmerInnen aufmerksam.

Rechtliche Klarstellung gefordert

„Markthändler haben meist kein stationäres Geschäft und keine Online-Shops. Ohne Märkte sind sie daher besonders in ihrer Existenz gefährdet“, ergänzt WKÖ-Generalsekretär Karlheinz Kopf. Die WKÖ-Leitung fordert daher ein Bekenntnis dahingehend, dass Märkte, die auf einer Marktordnung beruhen, nicht als verbotene Veranstaltung (Gelegenheitsmarkt) qualifiziert werden.

Das Problem: Die Rechtslage bietet nicht ausreichend Planungssicherheit für die Händler. Die verschiedenen COVID-19-Verordnungen erlauben zwar Märkte im Freien, untersagen aber Gelegenheitsmärkte als verbotene Veranstaltungen. In den COVID-19-Verordnungen seit November 2020 wird der Begriff des Gelegenheitsmarktes allerdings nicht mehr definiert. Aktuell können Gemeinden das Abhalten von Märkten, die auf einer Marktordnung beruhen, also wieder zulassen, machen davon aber bisher kaum Gebrauch, weil sie ob dieser nicht ganz eindeutigen Regelungen verunsichert sind. „Wir stehen an der Seite der Markthändler und fordern Planungssicherheit für diese Betriebe“, so der WKÖ-Präsident.



11. Epidemiegesetz: Lange Warteschlange bei Entschädigung

Die erste Corona-Welle im Frühjahr 2020 ist längst Geschichte, die Behörden aber wird sie noch lange beschäftigen. Zigtausende Verfahren wegen Entschädigungsansprüchen nach dem Epidemiegesetz sind noch offen, wobei die Lage in den Bundesländern höchst unterschiedlich ist. Das zeigt eine aktuelle Anfragebeantwortung von Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein.

Die FPÖ wollte wissen, wie es um die Ersatzansprüche nach dem Epidemiegesetz bestellt ist und wie viel Geld bisher ausbezahlt worden ist. Das Epidemiegesetz sieht vor, dass Betriebe geschlossen werden können, wenn bestimmte Krankheiten auftreten. Zugleich muss nach dem Gesetz aber den Arbeitnehmern und Arbeitgebern des geschlossenen Betriebes der entgangene Verdienst ersetzt werden.

In Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Kärnten wurden zu Beginn der Pandemie tausende Betriebe von den Bezirkshauptmannschaften nach dem Epidemiegesetz geschlossen. Ende März erfolgten die Schließungen dann nach dem Covid-19-Maßnahmegesetz und wurden über den Corona-Krisenfonds abgewickelt.

Was die Sache erschwerte: Die Länder verweisen darauf, dass man aufgrund einer Verordnung des Gesundheitsministers aus dem Juli 2020 Verbesserungsaufträge zur Konkretisierung der Ansprüche an die Betriebe schicken musste. Denn die Verordnung hatte die Höhe der Vergütung und deren Berechnung neu geregelt. In den vier Bundesländern wurden die Schließungen nach dem Epidemiegesetz durch Verordnungen nach dem Covid-19-Maßnahmegesetz rund um den 26. und 27. März abgelöst. Dieses sieht keinen Rechtsanspruch auf Entschädigungen bei geschlossenen Betrieben mehr vor. Betroffene mussten sich von nun an den Corona-Krisenfonds wenden.

Kritik am „Aushebeln“

„In der Anfangsphase wurde verschiedentlich das Epidemiegesetz angewendet. Sobald das Covid-19-Maßnahmegesetz in Kraft war, sind die Verordnungen aufgrund des Epidemiegesetzes außer Kraft gesetzt worden, um damit Entschädigungszahlungen zu verhindern“, sagt Verwaltungsrechtler Peter Bußjäger. Dieses „Aushebeln“ des Epidemiegesetzes sorgte für Aufregung und Kritik. Der Schritt wurde aber vom Verfassungsgerichtshof im Juli 2020 als verfassungskonform beurteilt.

In Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, im Burgenland und der Steiermark gab es keine oder kaum Betriebsschließungen nach dem Epidemiegesetz. Sie haben ihre Verordnungen nämlich gleich von Beginn an auf das Maßnahmegesetz gestützt.

Mehr dazu: <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2102168-Lange-Warteschlange-bei-Entschaedigung.html>



Aus den Bundesländern

1. Polizei zog positive Bilanz über Ausreisekontrollen in NÖ

Die niederösterreichische Polizei hat am Samstag Bilanz über die in dieser Woche zu Ende gegangenen Ausreisekontrollen in den Bezirken Wiener Neustadt (Stadt und Land), Neunkirchen und Scheibbs gezogen. Demnach seien insgesamt 181.898 Personen kontrolliert worden. 4.585 Personen hatten keinen gültigen Corona-Test dabei und wurden zurückgewiesen. Laut Polizeisprecher Johann Baumschlager wurden 49 Anzeigen erteilt. Das sei eine Zahl im Promillebereich im Verhältnis zu den Kontrollen, freute sich Baumschlager über eine "sehr, sehr positive Bilanz". Die Kooperation mit der Bevölkerung sei ausgezeichnet verlaufen, und es habe sich ausgezahlt, auf Kommunikation zu setzen. Die Polizei sehe sich bei der Kontrolle der Corona-Maßnahmen als "Partner der Bevölkerung", so Baumschlager. Die mit Abstand meisten Kontrollen gab es in Wiener Neustadt (Stadt) mit 104.402. In den Bezirken Wiener Neustadt und Neunkirchen wurden etwas mehr als 33.000 Ausreisende angehalten. Im Bezirk Scheibbs, wo die Maßnahme nur zwei Wochen dauerte, wurden knapp 11.000 Personen kontrolliert.

2. Start der Masken- und Testpflicht in 13 Vorarlberger Orten

Um die Ausbreitung des Corona-Virus einzudämmen, besteht seit heute, Dienstag 0.00 Uhr, in definierten Zonen von zwölf Gemeinden im Bregenzerwald sowie von Lustenau FFP2-Masken- und Testpflicht. Alle Personen ab 14 Jahren, die sich in diesen öffentlichen Räumen aufhalten, müssen eine Maske tragen und einen aktuellen negativen Coronatest bei sich haben. Die Maßnahme gilt zunächst für eine Woche (4. Mai).

Bei den betroffenen Bregenzerwälder Gemeinden handelt es sich um Alberschwende, Andelsbuch, Bezau, Bizau, Egg, Hittisau, Krumbach, Lingenau, Mellau, Reuthe, Riefensberg und Schwarzenberg. Ebenfalls bis 4. Mai verlängert wurde die Ausreisetestpflicht aus dem Bregenzerwald. Obwohl diese seit einer Woche besteht, hat die Zahl der Corona-Infektionen in der Talschaft weiter zugenommen. Darüber hinaus werden die Oberstufenklassen im Bregenzerwald und in Lustenau ab morgen wieder im Distance-Learning geführt. Davon ausgenommen sind Maturaklassen.

3. ÄrztInnen melden Schwierigkeiten bei dezentralem Impfen in Tirol

Für niedergelassene Ärzte in Tirol häufen sich Schwierigkeiten beim Impfen. Neben Verärgerung über die bevorzugte Versorgung von Impfstraßen gibt es jetzt auch Fälle, wo der Zusammenschluss von Hausärzten für ein effizienteres Impfen an mangelnder finanzieller Unterstützung scheitert. Möglichst einfach erreichbar sollten die CoV-Impfungen in Tirol sein, das hatte das Land zugesichert, viel war von einer „dezentralen Impfstrategie“ die Rede. Gleichzeitig fühlen sich die Tiroler Hausärzte ungerecht behandelt.

Mehr dazu: <https://tirol.orf.at/stories/3101232/>

4. Steiermark: Gastro-Lockdown oft nicht ernst genommen

In der Gastronomie gibt es immer häufiger Anzeigen gegen Betriebe, die die Covid-19-Verordnung missachten und Gäste trotz Lockdowns bewirten. Die Beschwerden bei Polizei und Wirtschaftskammer werden mehr. Bereits seit mehr als einem halben Jahr ist die Gastronomie im zweiten Lockdown. Wirte und Gäste sehnen die geplante Öffnung am 19. Mai herbei, doch so mancher Gastronom kann es offenbar nicht mehr erwarten: Die Anzeigen gegen Gastronomen, die die Maßnahmen offensichtlich missachten und entweder in Hinterzimmern oder auch direkt in den Gastgärten Gäste bewirten, häufen sich.

Mehr dazu: <https://steiermark.orf.at/stories/3101380/>



Aus den Städten und Gemeinden

1. Wien beendet harten Lockdown am 3. Mai

Wien beendet den harten Lockdown anders als erwartet schon am 3. Mai. Damit dürfen ab dem kommenden Montag der Handel und die körpernahen Dienstleister wieder öffnen. Auch Museen und Freizeitbetriebe wie Zoos dürfen aufsperrn, die Gastronomie bleibt geschlossen. Begleitet werden die Öffnungsschritte mit Tests. Das sagte Bürgermeister Michael Ludwig nach Beratungen mit Fachleuten am Dienstag.

Er schloss gleichzeitig eine Rücknahme der Öffnungen im Falle steigender Infektionszahlen nicht aus. Mit dem Lockdownende schon ab 3. Mai geht Wien den gleich Weg wie Niederösterreich, das Burgenland hat schon vor einer Woche geöffnet. Die drei Bundesländer hatten als Ostregion gemeinsam am 1. April einen "Oster-Lockdown" verhängt und ihn später bis 18. April verlängert. Wien und Niederösterreich verlängerten noch einmal bis 2. Mai - wobei die Schulen schon am 26. April öffneten -, während das Burgenland mit 19. April wieder zu den weniger restriktiven Regeln zurückkehrte. In Wien wird dies nun ebenfalls geschehen. Auf APA-Anfrage wurde bekräftigt, dass die Aufsperr-Erlaubnis auch für die zunächst nicht genannten Bereiche wie Museen und Zoos gilt.

Auch ein weiteres Wiener Lockdown-Spezifikum fällt: Die FFP2-Maskenpflicht, die an einigen öffentlichen Plätzen verhängt worden war. Sie wird ebenfalls aufgehoben.

2. Salzburg verhängt Ausreisetestpflicht für die Stadt Hallein

Mitten in der Debatte um die angekündigten Lockerungsschritte ab Mitte Mai verschärft das Land Salzburg die Corona-Maßnahmen für die Stadt Hallein. Ab 30. April, 6.00 Uhr, gelten wegen der zuletzt gestiegenen Infektionszahlen für die 21.300-Einwohner-Gemeinde verpflichtende Ausreisetests, teilte das Land am Dienstag mit. Zudem soll die Einhaltung der Quarantäne verstärkt kontrolliert werden. Die Maßnahme gilt vorerst bis zum 9. Mai, 24.00 Uhr.

3. Maibaumaufstellen – auch dieses Jahr nur ohne begleitende Veranstaltung

Als Veranstaltung nach § 13 Abs 2 4. SchuMaV idgF ist das „Maibaum-Aufstellen“ mit Publikum verboten.

Das Aufstellen des Maibaums durch eine dazu beauftragte Firma, durch Gemeindebedienstete im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit oder durch die Freiwilligen Feuerwehren ist nach Auskunft des Gesundheitsministeriums an den steirischen Gemeindebund unter Einhaltung folgender Auflagen möglich:

Es müsste zwar zwischen den aufstellenden Personen ein 2-Meter-Abstand eingehalten werden, da jedoch zu erwarten ist, dass dieser Abstand unterschritten wird, ist jedenfalls auch das Tragen von FFP2-Masken erforderlich.

4. Ausreisetestpflicht für Osttiroler Gemeinde Abfaltersbach

In der Osttiroler Gemeinde Abfaltersbach tritt ab Donnerstag eine Ausreisetestpflicht beim Verlassen des Gemeindegebietes bis vorerst inklusive 9. Mai in Kraft. Grund dafür war ein zuletzt erhöhtes Infektionsgeschehen, teilte das Land Tirol am Mittwoch mit. Die Testpflicht gilt für alle, die sich in der Gemeinde aufgehalten haben und das Gemeindegebiet verlassen wollen, unabhängig vom Wohnsitz und davon, wie lange man in der Gemeinde war. Als Nachweis gilt ein negativer PCR-Test (nicht älter als 72 Stunden) oder ein negativer Antigen-Test (nicht älter als 48 Stunden).



"Mit Stand heute, Mittwoch, gelten in der Gemeinde Abfaltersbach 27 Personen als aktiv mit dem Coronavirus infiziert. Wir verzeichnen ein dynamisches Infektionsgeschehen, beobachten die epidemiologische Lage sehr genau und analysieren diese täglich", erklärte Elmar Rizzoli vom Corona-Einsatzstab des Landes.

Für die Gemeinde Abfaltersbach hatte bereits zuvor eine Ausreisetestpflicht im Rahmen der Region, die die Gemeinden Anras, Assling, Leisach und eben Abfaltersbach umfasste, gegolten. Diese war erst vergangenen Samstag zu Ende gegangen.

5. Ausreisetestpflicht für Tiroler Gemeinde Telfs

Aufgrund eines erhöhten Infektionsgeschehens tritt ab Freitag bis vorerst 9. Mai eine Ausreisetestpflicht in der Gemeinde Telfs (Bezirk Innsbruck-Land) in Kraft. Die Testpflicht gilt für alle Personen, die sich in Telfs aufgehalten haben und das Gemeindegebiet verlassen wollen, unabhängig von ihrem Wohnsitz und unabhängig davon, wie lange sie sich dort aufgehalten haben, teilte das Land Tirol am Mittwoch mit.

"Mit Stand Mittwoch gelten in der Marktgemeinde Telfs 121 Personen als aktiv mit dem Coronavirus infiziert. Wir verzeichnen hier ein dynamisches Infektionsgeschehen und setzen nun die Maßnahme der Testpflicht beim Verlassen der Gemeinde für vorerst zehn Tage, um einer weiteren Verbreitung des Coronavirus bestmöglich vorzubeugen", erklärte Elmar Rizzoli vom Corona-Einsatzstab des Landes. Als Nachweis gilt ein negativer PCR Test (nicht älter als 72 Stunden) oder ein negativer Antigen-Test (nicht älter als 48 Stunden).

Bezirkshauptmann Michael Kirchmair und Bürgermeister Christian Härting appellierten an die Bevölkerung, sich testen zu lassen. Die Testinfrastruktur soll dafür ausgebaut werden. Eine Durchreise durch Telfs ohne Zwischenstopp ist auch ohne Test möglich. Kinder bis zum vollendeten zehnten Lebensjahr und Schüler zum Zweck der Teilnahme am Unterricht sind von der Testpflicht ausgenommen, ebenso wie der Güterverkehr und Personen, die eine medizinische Leistung - wie etwa eine Impfung - in Anspruch nehmen.

6. Eigene digitale Gästeregistrierung für Betriebe in Eisenstadt

Die Landeshauptstadt Eisenstadt bietet Betrieben und Vereinen ihr System zur digitalen Gästeregistrierung an, das sie seit November in Verwendung hat. Damit sollen Gäste ab 19. Mai in der ganzen Stadt auf ein einheitliches Registrierungssystem zurückgreifen können, sagte Bürgermeister Thomas Steiner am Donnerstag. Ab dann müssen sie beim Besuch von Veranstaltungen oder Lokalen einen negativen Coronatest oder eine Impfbestätigung vorzeigen und sich registrieren.

Das System, das die Stadt in Kooperation mit der Firma Datasys zur Verfügung stelle, sei einfach zu handhaben und erspare den Betrieben eine "Zettelwirtschaft", betonte Steiner in einer Aussendung. Anstatt sich auf eine Liste einzutragen, scannen die Gäste beim Eingang einen QR-Code, der als eine Art "digitale Visitenkarte" fungiert. Die Daten sind laut Steiner verschlüsselt und werden nur im Falle eines Contact Tracings ausgelesen. Eisenstädter, die kein Internet oder kein Smartphone haben, können sich ihren persönlichen QR-Code in der Bürgerservicestelle des Rathauses generieren lassen.



Europa und International

1. Slowenien beendet Grenzkontrollen zu Österreich

Slowenien beendet ab dem morgigen Mittwoch die wegen der Coronavirus-Pandemie eingeführten stationären Grenzkontrollen gegenüber Österreich und Italien, wie die slowenischen Nachrichtenagentur STA am Dienstag meldete. Die Kontrollen gegenüber Ungarn bleiben aufrecht. An den Einreiseregeln für Österreicher ändert sich nichts. Österreich befindet sich nämlich weiterhin auf der Roten Liste der slowenischen Regierung.

Bei der Einreise aus Österreich muss ein negativen PCR-Test oder ein Impfnachweis vorgewiesen werden, der nicht älter als 48 Stunden ist, oder es muss eine verpflichtende zehntägige Quarantäne angetreten werden.

Umgekehrt gilt ebenfalls eine Quarantänepflicht, wie für praktisch alle Länder der Welt. Wer von einem Slowenien-Trip nach Österreich zurückkehrt, darf sein Haus zehn Tage lang nicht mehr verlassen. "Freitesten" ist erst am fünften Tag nach der Einreise möglich. Ausnahmen gibt es insbesondere für den Berufsverkehr. Im Zuge der geplanten massiven Öffnungsschritte am 19. Mai könnte es aber auch bei Vergnügungsreisen zu Liberalisierungen kommen.

2. Zahl der Sterbefälle in Deutschland im Vorjahr um fünf Prozent gestiegen

Dem Statistischen Bundesamt zufolge starben 2020 in Deutschland 986.000 Menschen. Das sind etwa 46.000 mehr als im Jahr zuvor. Wie groß der Einfluss der Pandemie darauf war, ist unklar. Ein Anstieg der Sterbefälle um bis zu zwei Prozent wäre auch ohne Pandemie zu erwarten gewesen. In Deutschland sind bisher 81.624 Menschen im Zusammenhang mit dem Corona-Virus gestorben. Die Zahl der Geburten sank 2020 mit 773.000 leicht um 0,6 Prozent. Die Zahl der Eheschließungen sank um zehn Prozent auf 373.000.

Mehr dazu: <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/zahl-der-sterbefaelle-2020-um-fuenf-prozent-gestiegen-17312349.html>

3. Bundeskanzlerin Merkel kündigt Aufhebung der Impfpriorisierung spätestens im Juni an

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat bekräftigt, dass die Priorisierung beim Impfen gegen das Coronavirus im Juni aufgehoben werden könne. Das heiße nicht, dass dann jeder geimpft werde, sagte Merkel nach dem Impfgipfel von Bund und Ländern. Aber es gebe dann die Möglichkeit, sich einen Termin zu beschaffen. Auch sollen dann die Betriebsärzte in die Impfkampagne einbezogen werden.

Außerdem sollen Geimpfte und Genesene künftig keine Tests etwa beim Einkaufen vorweisen müssen und die Pflichtquarantäne nach der Einreise aus dem Ausland solle wegfallen.

Mehr dazu: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-04/impfgipfel-merkel-sagt-aufhebung-der-impfpriorisierung-im-juni-zu?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F



4. EU klagt AstraZeneca

Wegen großer Lieferprobleme klagt die EU den Impfstoffhersteller AstraZeneca. Die EU-Kommission habe rechtliche Schritte gegen das britisch-schwedische Unternehmen eingeleitet, sagte ein Kommissionssprecher am Montag. Der Konzern wies die Vorwürfe zurück.

Das Unternehmen habe „keine zuverlässige Strategie entwickelt, um die rechtzeitige Lieferung der Dosen zu gewährleisten“, sagte der Sprecher. Nun müssten belgische Gerichte den Disput klären. Die Klage sei bereits am Freitag eingereicht worden, ein erster Gerichtstermin sei bereits für Mittwoch geplant. Alle 27 EU-Staaten hätten sich hinter diese Entscheidung gestellt.

Die EU-Kommission hatte bereits ein Schlichtungsverfahren mit dem Unternehmen eingeleitet. Die Klage ist der nächste Schritt. An den Lieferrückständen dürfte sich dadurch allerdings nichts ändern. Der Sprecher sagte, Ziel sei immer noch, die bestellten Impfstoffdosen so schnell wie möglich zu bekommen. Schadenersatzforderungen seien in letzter Konsequenz nicht ausgeschlossen, stünden aber derzeit nicht an.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3210717/>

5. Große EU-Staaten fordern schnellen Start von Corona-Aufbauplan

Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien haben die EU-Partner aufgefordert, einen schnellen Start des Hilfsfonds gegen die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise zu ermöglichen. Die vier großen EU-Länder riefen die anderen Mitgliedstaaten am Mittwoch auf, "so bald wie möglich" den Finanzierungsbeschluss für den 750 Milliarden Euro schweren Aufbaufonds zu ratifizieren, sagte der deutsche Finanzminister Olaf Scholz (SPD) am Mittwoch. Denn dieser sei "eine historische Chance", um gemeinsam Europas Zukunft zu gestalten. Die EU-Staats- und Regierungschefs hatten im vergangenen Jahr den beispiellosen Corona-Hilfsfonds auf den Weg gebracht. Österreich rechnet mit rund 3,5 Milliarden Euro an Zuschüssen aus dem EU-Wiederaufbauplan. Große Teile des österreichischen EU-Wiederaufbauplans sollen in den Bahn- und Breitbandausbau sowie in Öko-Investitionen fließen.

Deutschland stehen aus dem Aufbaufonds bis zu 25,6 Milliarden Euro an Zuschüssen zu, die nicht zurückgezahlt werden müssen. Die deutsche Bundesregierung will 90 Prozent der Gelder für den Klimaschutz und die Digitalisierung verwenden und reicht dazu am Mittwoch einen nationalen Ausgabenplan bei der EU-Kommission in Brüssel ein. Um den Plan zu finanzieren, soll die EU-Kommission Schulden in bisher ungekannter Höhe im Namen der Union aufnehmen. Dem müssen noch alle 27 Mitgliedstaaten zustimmen. Dies haben bisher 19 Länder getan. Es fehlen noch Estland, Finnland, Irland, Österreich, Polen, Rumänien und Ungarn.

Scholz betonte bei per Video übertragenen Erklärungen mit seinen KollegInnen aus Frankreich, Italien und Spanien, der deutsche Ausgabenplan sei "ein wirklich europäischer Plan". Denn er unterstütze auch internationale Projekte etwa bei Wasserstoffenergie, Mikroelektronik und Datenverarbeitung, an denen sich andere EU-Länder beteiligen könnten. "Unser Ziel ist es, Innovation quer durch Europa zu stärken, um unabhängiger und souveräner zu werden", sagte Frankreichs Finanzminister Bruno Le Maire. Er rief die EU-Kommission auf, die nationalen Ausgabenpläne nun schnell zu prüfen, damit diese "spätestens im Juli" verabschiedet werden und Gelder noch "vor Ende des Sommers" fließen könnten.

Italiens Finanz- und Wirtschaftsminister Daniele Franco sprach von einem "entscheidenden Moment für Europa". Denn die Mitgliedstaaten hätten sich gemeinsam entschlossen, die wirtschaftlichen Schäden der Pandemie zu reparieren, sagte er. Italien wurde von der Corona-Krise mit am härtesten getroffen und ist nun mit 191 Milliarden Euro an Zuschüssen und Krediten der größte Empfänger des Corona-Hilfsfonds.

Die spanische Wirtschaftsministerin Nadia Calviño würdigte, dass sich die EU-Staaten entschlossen hätten, gemeinsam Schulden aufzunehmen, "um in unsere gemeinsame Zukunft zu investieren". Sie sei sicher, dass ihr Land durch die Unterstützung aus dem Aufbaufonds "einer der Motoren der europäischen Erholung werden könne".



6. Die extravagantesten Impfstraßen

Im Kampf gegen das Coronavirus heißt es weltweit: impfen, so schnell es geht. Um das Tempo voranzutreiben und möglichst viele Leute zu erreichen, wurden vielerorts Impfstraßen eingerichtet. Diese befinden sich mitunter auch an ungewöhnlichen Orten, etwa in Museen, Filmstudios oder Kathedralen. Dort gibt es oft zu der Impfung einen Augenschmaus gratis dazu.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3210166/>

7. Bericht der EuroComm zur Lage in Ost- und Südosteuropa

Neben den aktuellen Verlaufsgrafiken bildet der Bericht der EuroComm – wie gewohnt - ab, wie sich die Lage im jeweiligen Land entwickelt, vor allem in Hinblick auf die Auslastung des Gesundheitssystems.

Die Lage entspannt sich ein wenig, der Fokus liegt eindeutig auf den Impfungen.

Nicht aus jedem Land sind die Prozentzahlen der erfolgten Immunisierungen erhältlich. Sofern möglich wurden diese angeführt.

Mehr dazu in **Beilage3**



Bericht aus dem Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel

1. Europäische Kommission: Corona-Reisepass

EU-Mitgliedstaaten haben sich im eHealth-Netzwerk auf Leitlinien für die wichtigsten technischen Details des Grünen Passes geeinigt. Das europäische Digital Green Certificate für Corona-Geimpfte, -Genesene und -Getestete soll bis zur Reisesaison im Sommer startklar sein. In Österreich soll der Pass bereits ab Mai im Einsatz sein. Der Corona-Pass ist für den europäischen Tourismus ein wichtiger Schritt in Richtung des dringend notwendigen Re-Starts. Europaweit einheitliche Kriterien mit nachvollziehbaren Regeln für alle am Tourismus Beteiligten sind dafür essentiell. Auch im Plenum des Europäischen Parlaments wird diese Woche über den schwer von der Pandemie getroffenen Tourismussektor diskutiert. Eine besondere Rolle zur Wiederherstellung der Reisefreiheit im Binnenmarkt spielt das digitale grüne Zertifikat.

EU-KOM Presse: [Weiterer entscheidender Schritt für das digitale grüne Zertifikat \(europa.eu\)](https://ec.europa.eu/health/ehealth/ehealth-and-covid-19-german)

eHealth: [eHealth and COVID-19 | Gesundheitswesen \(europa.eu\)](https://ec.europa.eu/health/ehealth/ehealth-and-covid-19-german)

EU-Verordnung: [en_green_certif_just_reg130_final.pdf \(europa.eu\)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX:32021R0130)

EP-Presse: <https://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2021-04-26/1/digitales-grunes-zertifikat-abstimmung-uber-verhandlungsmandat>

2. Europäisches Parlament: EP-Plenum und parallel tagende Ausschüsse

Plenar- & Ausschusssitzungen sowie Abstimmungen finden COVID-19 bedingt bis auf weiteres im eingeschränkten Format bzw. Fernteilnahmemodus statt

28. Apr ab 9:00 Uhr: Plenum: Aussprache und Abstimmung über die Anwendung des „EU-Digital-Green-Certificate“ („Corona-Reisepass“) in der EU und in Drittstaaten

EP: <https://www.europarl.europa.eu/committees/de/home>

3. Rat der EU: Termine

6/7 Mai: Sozialgipfel in Porto; **17/18 Mai:** Bildung-Jugend-Kultur-Sport Rat; **26/27 (statt 31) Mai:** LandwirtschaftsRat **27/28 Mai:** WettbewerbsRat; **10 Juni:** UmweltRat; **11 Juni:** TelekomRat

